



Niederschrift

Gemeinsame Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses mit dem Hauptausschuss

Sitzungstermin: Montag, 02.03.2020

**Sitzungsbe-
ginn:** 17:00 Uhr

Sitzungsende: 18:30 Uhr

Raum, Ort: Feuerwache, Graf-Stauffenberg-Straße 14, 24768 Rendsburg

Vorsitz

Anwesend

Reimer Tank

Mitglieder

Anwesend

Hauke Kruse

Björn Baasch

ab 17.30 Uhr

Karola Blunck

Hans Cordts

Holger Gränert

Rixa Kleinschmit

Peter Thordsen

Jens Kolls

Vertretung für: Herrn Thomas
Rahn

Hans-Jörg Lüth

Vertretung für: Frau Dr. Ina Wa-
lenda

Frank Petzold

Vertretung für: Herrn Gerrit van
den Toren

Dr. Anne Ipsen

Gudrun Rempe

Rainer Böttcher

Thorsten Uhrbrock

Abwesend

Torben Ackermann	Entschuldigt
Gustav Otto Jonas	Entschuldigt
Thomas Rahn	Entschuldigt
Dr. Ina Walenda	Entschuldigt
Gerrit van den Toren	Entschuldigt
Janis Daas	Entschuldigt

stellvertretende Mitglieder

Anwesend

Nikolaus Träupmann
Carsten Wiele
Jens Kolls
Hans-Jörg Lüth
Frank Petzold
Armin Rösener
Kirsten Zülsdorff
Henry Petteri Deising
Doris Mittelbach
Dr. Andreas Höpken
Arno Jöhnk

Verwaltung

Anwesend

Knut Arp
Sebastian Hetzel
Dr. Martin Kruse
Dr. Rolf-Oliver Schwemer
Tanja Bahr

Gäste

Anwesend

Mathias Schütte
Hans Müller

Keine Teilnehmergruppe

Anwesend

Dr. Susanne Kirchhof

Dr. Juliane Rumpf

Dr. Michael Schunck

Lennart Wulf

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung
2. Neubau FTZ/ LZ-G
 - 2.1. Neubau der Feuerwehrtechnischen Zentrale / Löschzug-Gefahrgut - Bericht der Verwaltung
 - 2.1.1. Neubau FTZ und LZ-G
 - 2.2. Neubau der Feuerwehrtechnischen Zentrale / Löschzug-Gefahrgut - Aussprache

VO/2020/325

Nichtöffentlicher Teil

- 2.3. Neubau der Feuerwehrtechnischen Zentrale / Löschzug-Gefahrgut - Vertragsangelegenheiten

Protokoll

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung

Der Vorsitzende des Hauptausschusses eröffnet die gemeinsame Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit im Ausschuss fest. Einwendungen gegen Form und Frist der Einladung werden nicht erhoben. Der Ausschuss beschließt nach oben stehender Tagesordnung zu verfahren.

zu 2 Neubau FTZ/ LZ-G

Der Landrat stellt zusammen mit Herrn Kick vom Planungsbüro WDK den Planungsstand (Variante 9) vor. Aufgrund der Kostensteigerung soll dieser Termin der politischen Willensbildung dienen. Mit dem Generalplaner ist vereinbart, dass bei einem Stop des Projektes, der Planungsauftrag ohne weitere finanzielle Verpflichtungen für den Kreis gekündigt werden könnte. Das ist ein Entgegenkommen, so dass die Kreispolitik aufgrund der Kostensteigerung noch einmal neu entscheiden kann und nicht vor vollendeten Tatsachen steht.

Der Grundriss wird vorgestellt. Im rechten Teil des Gebäudes soll die Feuerwehertechnische Zentrale untergebracht werden, der linke Teil ist für den Löschzug Gefahrgut vorgesehen. Im Mittelteil des Gebäudes sind die Büros für den Fachdienst 2.6 vorgesehen, sowie Seminar- und Schulungsräume im mittleren Bereich des Mitteltraktes.

Das Gebäude kann umfahren werden, so dass sich der Verkehr nicht kreuzt.

In der jetzigen Variante ist keine Umzäunung des Geländes vorgesehen, diese kann aber zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden. Der Planer bestätigt, dass der Bau eines Zauns aus rechtlicher und technischer Sicht nicht gefordert ist. Das Dach wird teilweise begrünt, sowie teilweise mit Photovoltaikanlagen ausgestattet.

Der Grundriss ist erweiterungsfähig (in der Präsentation auf Folie 6 rot markiert).

Herr Kick berichtet über die Nachhaltigkeit und Energiesparmaßnahmen.

Es wird darauf hingewiesen, dass in der momentanen Planungsphase – Abschluss der Leistungsphase 3 der HOAI – eine Kostenberechnung vorliegt und dass diese eine Kostengenauigkeit hat, bei der eine Toleranz von 20 % nach oben gemäß DIN und regelmäßiger Rechtsprechung zulässig ist.

Ursachen der Kostensteigerung insgesamt seit dem Beschluss im Dezember 2018 sind ua. die Baupreissteigerung mit 15 %, der Flächenzuwachs, sowie die Herrichtung des Grundstückes durch Bodenaustausch und Bodenauffüllung. Im ursprünglichen Beschluss waren Kosten für die Herrichtung des Grundstückes nicht enthalten, da seinerzeit auf der „Grünen Wiese“ geplant wurde.

Herr Hetzel erläutert die Flächenzuwächse an den Beispielen Umkleidebereiche, Werkstätten und Technik.

zu 2.1 Neubau der Feuerwehrtechnischen Zentrale / Löschzug-Gefahrgut - Bericht der Verwaltung

Die Kostensteigerungen werden anhand der Tischvorlage zum Stand 12/2018, 06/2019, sowie 01/2010 durch Herrn Hetzel dargestellt. Die Tischvorlage wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

zu 2.1.1 Neubau FTZ und LZ-G

VO/2020/325

Herr Schütte erläutert die jetzige Gebäude- und Arbeitssituation, insbesondere auch im Hinblick auf den Arbeitsschutz, sowie auf die Attraktivität des Ehrenamtes. Er betont, dass der Kreisfeuerwehrverband mit dem jetzigen Entwurf einverstanden ist und gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Kreispolitik trotz der großen Mehrkosten das Projekt weiterführen wird.

Herr Wichmann vom LZ-G ergänzt, dass auch der LZ-G sich in der Planung sehr gut wiederfindet und sich eine Fortführung des Projektes wünscht.

zu 2.2 Neubau der Feuerwehrtechnischen Zentrale / Löschzug-Gefahrgut - Aussprache

Es erfolgt eine Aussprache.

Aus der Politik wird die Frage nach der Einzäunung des Grundstückes gestellt. Der Zaun kann nachträglich gebaut werden. In der vorgestellten Variante ist ein Zaun nicht in die Kalkulation mit einbezogen worden. Die Einzäunung mit elektrischen Toren würde geschätzt 360.000 € kosten. Die Vor- und Nachteile einer Einzäunung werden diskutiert, insbesondere im Hinblick auf die Sicherung des Gebäudes, sowie der technischen Geräte.

Auf Nachfrage wird bestätigt, dass das Gebäude mit einer Alarmanlage gesichert wird.

Es wird die Frage nach der Entwässerung durch Gullys, oder Rinnen gestellt. Dieser Punkt steht nicht zur Diskussion. Eine ordnungsgemäße Entwässerung obliegt in der Art und Weise dem Planungsbüro.

Die Einsatzbekleidung der Feuerwehren des Kreises kann nicht in dem Neubau gereinigt werden. Dies ist durch Unternehmen im Kreis zu organisieren. Hierfür ist in dem Neubau auch kein Erweiterungspotenzial vorgesehen.

Vorgesehen ist in dem Neubau die Reinigung der CSA Schutzbekleidung. Der Kreis verfügt hier über ein entsprechendes Gerät, welches jedoch zurzeit defekt ist.

Der nunmehr vorgestellte Plan für den Neubau ist mit der Feuerwehrunfallkasse abgestimmt.

Kosten für Ausgleichsmaßnahmen fallen nicht an.

Für die Nutzung der alten Liegenschaften liegen noch keine Pläne vor. Dies wäre verfrüht. Die Politik wird hierüber zu gegebener Zeit informiert.

Aus der Politik wird bemängelt, dass die geschätzten Kosten zu Beginn der Planungen zu ungenau waren. Hier sollen zukünftig belastbare Kostenschätzungen vorgestellt werden.

Der Landrat teilt mit, dass die Kreisverwaltung die Kritik aufgegriffen hat und an einem Vorschlag arbeitet, der der Politik in Kürze zugehen wird. Hierzu laufen auch Abstimmungen mit dem Rechnungsprüfungsamt und dem Landesrechnungshof. Es wird darauf hinauslaufen, dass zukünftig bei derartigen Projekten erst in einer späteren Planungsphase Kosten mitgeteilt werden sollen. Das bedeutet aber auch, dass bereits im Vorfeld finanzieller Aufwand in der Planung betrieben werden muss.

In diesem Fall waren die Kostenschätzungen insbesondere im Bereich der Kosten für das Herrichten des Grundstücks ungenau, da zu Beginn der Beratungen über einen Neubau ein konkretes Grundstück noch nicht feststand. Ein erheblicher Teil der Mehrkosten beruhe auch auf der Herrichtung des Grundstücks durch Aufschüttungen, um dieses sodann bebauen zu können.

Es wird gefragt, ob für die Aufschüttungen auch Recyclingmaterial verwendet werden kann. Der Planer erläutert, dass auch diese Möglichkeit Teil der weiteren Betrachtungen sind.

Es wird gefragt, warum nur ein Teil des Daches mit Photovoltaikanlagen versehen werden soll und ob das Dach der Fahrzeughallen gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt mit weiteren Anlagen aufgestockt werden kann. Dies ist jedoch aufgrund der Statik nicht ohne weiteres möglich. Soweit aus der Politik eine über die vorgestellte Planung hinausgehende Solaranlagenbestückung des Daches gewünscht ist, würde dies die Planung, sowie den Baubeginn nicht unerheblich verzögern. Die Dauer der Verzögerung kann spontan nicht abgeschätzt werden. Hierzu wird das Planungsbüro in der Sondersitzung am 09.03.2020 einen Zeitkorridor vorstellen.

Auf Nachfrage, ob bei der Dämmung auch über den Einsatz von Schafswolle statt Steinwolle nachgedacht wurde, erläutert der Planer, dass es sich bei dem Vorschlag um eine Typgeprüfte Dämmung bestehend aus unterschiedlichen Komponenten handelt. Schafswolle sei für dieses System nicht typgeprüft. Im Vordergrund stand der Gedanke der Nachhaltigkeit, weitestgehend natürliche Produkte einzubauen, die auch separat wieder rückgebaut werden können.

Auf Nachfrage wird bestätigt, dass das Bauvorhaben europaweit auszuschreiben ist.

Tischvorlage öffentlich

1

1

Vorsitz

Tanja Bahr
Protokollführung